

Sozialgesetzbuch X: SGB X

Lehr- und Praxiskommentar

Bearbeitet von

Herausgegeben von Björn Diering, Rechtsanwalt, FASozR und FAVerwR, Hinnerk Timme, Vorsitzender Richter am LSG, und Dr. Thomas P. Stähler, Justitiar

5. Auflage 2019. Buch. 1100 S. Hardcover

ISBN 978 3 8487 4823 5

Format (B x L): 13,9 x 20,8 cm

Gewicht: 1300 g

[Recht > Sozialrecht > SGB X - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Diering | Timme | Stähler [Hrsg.]

Sozialgesetzbuch X

Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz

Lehr- und Praxiskommentar

5. Auflage



Nomos

NOMOSKOMMENTAR

Dr. Björn Diering | Hinnerk Timme
Dr. Thomas P. Stähler [Hrsg.]

Sozialgesetzbuch X

Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz

Lehr- und Praxiskommentar

5. Auflage

Walter Böttiger, Richter am LSG, Stuttgart | **Dr. Tilman Breitzkreuz**, Richter am LSG Hamburg, z. Zt. Justizbehörde Hamburg | **Dr. Björn Diering**, Abteilungsleiter Recht Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek), Berlin, Richter am Nieders. Anwaltsgerichtshof a.D., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Sozialrecht und Verwaltungsrecht, Verden/Aller | **Prof. Dr. Heinrich Lang**, Dipl. Sozialpäd., Universität Greifswald | **Karl Lang**, Rechtsanwalt, Berlin | **Dr. Annette Prehn**, Universität Greifswald | **Wolfgang Siewert**, Präsident des LSG Hamburg | **Dr. Thomas P. Stähler**, Justitiar, Frankfurt/Main | **Hinnerk Timme**, Vorsitzender Richter am LSG Schleswig-Holstein



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4823-5

5. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 5. Auflage

Die erst 2016 erschienene 4. Auflage ist mittlerweile vergriffen. Die Herausgeber haben dies als Ansporn verstanden, die seither ergangene Rechtsprechung sowie die Gesetzgebung zu sichten, um zeitnah eine Neuauflage herauszugeben. Ein wesentlicher Schwerpunkt der 5. Auflage ist die Anpassung der Kommentierung zum Sozialdatenschutz an die Änderungen des Zweiten Kapitels des SGB X infolge der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO), die seit dem 25. Mai 2018 gilt. Die vollständig erneuerte Kommentierung der Vorschriften zum Sozialdatenschutz hat Herr Dr. Thomas Stähler übernommen, der zugleich auch das Herausgeberteam verstärkt. Dr. Stähler ist in seiner Funktion als Justiziar und zugleich betrieblicher Datenschutzbeauftragter (BAR eV) mit den Anforderungen des Sozialdatenschutzes in besonderer Weise auch in der Praxis vertraut. Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt der Neuauflage bildet die Anpassung der Kommentierungen an das Bundesteilhabegesetz (BTHG) vom 23.12.2016, das im Kern zum 1.1.2018 – einzelne Teile des Gesetzes gelten bereits seit dem 30.12.2016/1.1.2017, weitere Teile werden ab dem 1.1.2020 sowie dem 1.1.2023 gelten – in Kraft getreten ist. Aktuelle Rechtsprechung und Literatur sind in den Kommentar eingearbeitet worden. Berücksichtigt wurde zudem bereits der Entwurf des Zweiten Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetzes EU.

Die Herausgeber danken dem Lektorat des Nomos Verlages für die Unterstützung bei der Herausgabe der fünften Auflage.

Verden, Fehrdorf, Eußenheim im November 2018

Die Herausgeber

Bearbeiterverzeichnis

Walter Böttiger, Richter am Landessozialgericht, Stuttgart
(§§ 18–20, vor §§ 102 ff., 102–114)

Dr. Tilman Breitkreuz, Richter am Landessozialgericht Hamburg, z.Zt. Leiter der Referatsgruppe Justitiariat, Freie und Hansestadt Hamburg – Justizbehörde (§§ 1–7, 86–101 a, 115–120)

Dr. Björn Diering (Hrsg.), Abteilungsleiter Recht Verband der Ersatzkassen eV (vdek), Berlin, Richter am Niedersächsischen Anwaltsgerichtshof a.D., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Sozialrecht und Verwaltungsrecht, Verden/Aller (Einleitung, §§ 52–63)

Prof. Dr. Heinrich Lang, Dipl. Sozial-Päd., Universität Greifswald, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht (§§ 8, 16, 17, 21–25)

Karl Lang, Rechtsanwalt in Berlin (§§ 45–51)

Dr. Annette Prehn, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Greifswald (§§ 9–15)

Wolfgang Siewert, Präsident des Landessozialgerichts Hamburg (§§ 31–44)

Dr. Thomas Stähler (Hrsg.), Justitiar, Frankfurt/Main (§§ 67–85 a)

Hinnerk Timme (Hrsg.), Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Schleswig-Holstein (§§ 26–30, 64–66, Anhang: Gerichtsverfahren)

Hinweise für den Gebrauch

Paragrafen ohne Gesetzesangabe sind stets solche des SGB X. Den Kommentierungen der einzelnen Bestimmungen sind zT Literaturverzeichnisse vorangestellt. Hierbei handelt es sich jeweils um eine Auswahl an weiterführender Literatur. Die ebenfalls den (längeren) Kommentierungen vorangestellten Inhaltsübersichten sollen die Arbeit mit dem Kommentar erleichtern. Die häufiger verwendete – und insbesondere die abgekürzt zitierte – Literatur wird im Gesamtliteraturverzeichnis zusammengefasst.

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	15
Literaturverzeichnis	37
Einleitung	41

Erstes Kapitel Verwaltungsverfahren

Erster Abschnitt Anwendungsbereich, Zuständigkeit, Amtshilfe

§ 1	Anwendungsbereich	55
§ 2	Örtliche Zuständigkeit	58
§ 3	Amtshilfepflicht	63
§ 4	Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	66
§ 5	Auswahl der Behörde	72
§ 6	Durchführung der Amtshilfe	72
§ 7	Kosten der Amtshilfe	73

Zweiter Abschnitt Allgemeine Vorschriften über das Verwaltungsverfahren

Erster Titel Verfahrensgrundsätze

§ 8	Begriff des Verwaltungsverfahrens	75
§ 9	Nichtförmlichkeit des Verwaltungsverfahrens	82
§ 10	Beteiligungsfähigkeit	91
§ 11	Vornahme von Verfahrenshandlungen	98
§ 12	Beteiligte	106
§ 13	Bevollmächtigte und Beistände	115
§ 14	Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten	132
§ 15	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen	135
§ 16	Ausgeschlossene Personen	143
§ 17	Besorgnis der Befangenheit	158
§ 18	Beginn des Verfahrens	162
§ 19	Amtssprache	173
§ 20	Untersuchungsgrundsatz	197
§ 21	Beweismittel	214
§ 22	Vernehmung durch das Sozial- oder Verwaltungsgericht	225
§ 23	Glaubhaftmachung, Versicherung an Eides statt	229
§ 24	Anhörung Beteiligter	234
§ 25	Akteneinsicht durch Beteiligte	243

Zweiter Titel Fristen, Termine, Wiedereinsetzung		
§ 26	Fristen und Termine	250
§ 27	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	256
§ 28	Wiederholte Antragstellung	265
Dritter Titel Amtliche Beglaubigung		
§ 29	Beglaubigung von Dokumenten	268
§ 30	Beglaubigung von Unterschriften	269
Dritter Abschnitt Verwaltungsakt		
Erster Titel Zustandekommen des Verwaltungsaktes		
§ 31	Begriff des Verwaltungsaktes	274
§ 31 a	Vollständig automatisierter Erlass eines Verwaltungsaktes	306
§ 32	Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	312
§ 33	Bestimmtheit und Form des Verwaltungsaktes	326
§ 34	Zusicherung	334
§ 35	Begründung des Verwaltungsaktes	342
§ 36	Rechtsbehelfsbelehrung	349
§ 37	Bekanntgabe des Verwaltungsaktes	355
§ 38	Offenbare Unrichtigkeiten im Verwaltungsakt	366
Zweiter Titel Bestandskraft des Verwaltungsaktes		
§ 39	Wirksamkeit des Verwaltungsaktes	371
§ 40	Nichtigkeit des Verwaltungsaktes	378
§ 41	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	391
§ 42	Folgen von Verfahrens- und Formfehlern	403
§ 43	Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsaktes	409
	Vorbemerkungen zu den §§ 44 bis 51	417
§ 44	Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes	427
§ 45	Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsaktes	456
§ 46	Widerruf eines rechtmäßigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes	501
§ 47	Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsaktes	505
§ 48	Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse	515
§ 49	Rücknahme und Widerruf im Rechtsbehelfsverfahren	553
§ 50	Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen	558
§ 51	Rückgabe von Urkunden und Sachen	583

Dritter Titel Verjährungsrechtliche Wirkungen des Verwaltungsaktes

§ 52	Hemmung der Verjährung durch Verwaltungsakt	587
------	---	-----

Vierter Abschnitt Öffentlich-rechtlicher Vertrag

	Vorbemerkungen zu den §§ 53 bis 61	592
§ 53	Zulässigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages	593
§ 54	Vergleichsvertrag	598
§ 55	Austauschvertrag	603
§ 56	Schriftform	607
§ 57	Zustimmung von Dritten und Behörden	612
§ 58	Nichtigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages	616
§ 59	Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen	623
§ 60	Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung	629
§ 61	Ergänzende Anwendung von Vorschriften	634

Fünfter Abschnitt Rechtsbehelfsverfahren

§ 62	Rechtsbehelfe gegen Verwaltungsakte	638
§ 63	Erstattung von Kosten im Vorverfahren	648

Sechster Abschnitt Kosten, Zustellung und Vollstreckung

§ 64	Kostenfreiheit	661
§ 65	Zustellung	665
§ 66	Vollstreckung	670

**Zweites Kapitel
Schutz der Sozialdaten**

	Vorbemerkungen zu den §§ 67 bis 85 a	674
--	--	-----

Erster Abschnitt Begriffsbestimmungen

§ 67	Begriffsbestimmungen	680
------	----------------------------	-----

Zweiter Abschnitt Verarbeitung von Sozialdaten

§ 67 a	Erhebung von Sozialdaten	685
§ 67 b	Speicherung, Veränderung, Nutzung, Übermittlung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung von Sozialdaten	690
§ 67 c	Zweckbindung sowie Speicherung, Veränderung und Nutzung von Sozialdaten zu anderen Zwecken	695
§ 67 d	Übermittlungsgrundsätze	699
§ 67 e	Erhebung und Übermittlung zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch und illegaler Ausländerbeschäftigung	701

§ 68	Übermittlung für Aufgaben der Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften, Gerichte und der Behörden der Gefahrenabwehr	703
§ 69	Übermittlung für die Erfüllung sozialer Aufgaben	707
§ 70	Übermittlung für die Durchführung des Arbeitsschutzes	711
§ 71	Übermittlung für die Erfüllung besonderer gesetzlicher Pflichten und Mitteilungsbefugnisse	712
§ 72	Übermittlung für den Schutz der inneren und äußeren Sicherheit	721
§ 73	Übermittlung für die Durchführung eines Strafverfahrens	724
§ 74	Übermittlung bei Verletzung der Unterhaltspflicht und beim Versorgungsausgleich	726
§ 74 a	Übermittlung zur Durchsetzung öffentlich-rechtlicher Ansprüche und im Vollstreckungsverfahren	729
§ 75	Übermittlung von Sozialdaten für die Forschung und Planung	732
§ 76	Einschränkung der Übermittlungsbefugnis bei besonders schutzwürdigen Sozialdaten	741
§ 77	Übermittlung ins Ausland und an internationale Organisationen	747
§ 78	Zweckbindung und Geheimhaltungspflicht eines Dritten, an den Daten übermittelt werden	751

Dritter Abschnitt Besondere Datenverarbeitungsarten

§ 79	Einrichtung automatisierter Verfahren auf Abruf	756
§ 80	Verarbeitung von Sozialdaten im Auftrag	760

Vierter Abschnitt Rechte der betroffenen Person, Beauftragte für den Datenschutz und Schlussvorschriften

§ 81	Recht auf Anrufung, Beauftragte für den Datenschutz	766
§ 81 a	Gerichtlicher Rechtsschutz	770
§ 81 b	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	773
§ 81 c	Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Europarechtswidrigkeit eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission	775
§ 82	Informationspflichten bei der Erhebung von Sozialdaten bei der betroffenen Person	776
§ 82 a	Informationspflichten, wenn Sozialdaten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	780
§ 83	Auskunftsrecht der betroffenen Personen	783
§ 83 a	Benachrichtigung bei einer Verletzung des Schutzes von Sozialdaten	787
§ 84	Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und Widerspruch	788

§ 85	Strafvorschriften	792
§ 85 a	Bußgeldvorschriften	793

Drittes Kapitel

Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten

Erster Abschnitt Zusammenarbeit der Leistungsträger untereinander und mit Dritten

Erster Titel Allgemeine Vorschriften

§ 86	Zusammenarbeit	795
------	----------------------	-----

Zweiter Titel Zusammenarbeit der Leistungsträger untereinander

§ 87	Beschleunigung der Zusammenarbeit	798
§ 88	Auftrag	803
§ 89	Ausführung des Auftrags	810
§ 90	Anträge und Widerspruch beim Auftrag	813
§ 91	Erstattung von Aufwendungen	815
§ 92	Kündigung des Auftrags	820
§ 93	Gesetzlicher Auftrag	822
§ 94	Arbeitsgemeinschaften	824
§ 95	Zusammenarbeit bei Planung und Forschung	829
§ 96	Ärztliche Untersuchungen, psychologische Eignungsuntersuchungen	830

Dritter Titel Zusammenarbeit der Leistungsträger mit Dritten

§ 97	Durchführung von Aufgaben durch Dritte	833
§ 98	Auskunftspflicht des Arbeitgebers	836
§ 99	Auskunftspflicht von Angehörigen, Unterhaltspflichtigen oder sonstigen Personen	840
§ 100	Auskunftspflicht des Arztes oder Angehörigen eines anderen Heilberufs	842
§ 101	Auskunftspflicht der Leistungsträger	845
§ 101 a	Mitteilungen der Meldebehörden	847

Zweiter Abschnitt Erstattungsansprüche der Leistungsträger untereinander

	Vorbemerkungen zu den §§ 102 bis 114	849
§ 102	Anspruch des vorläufig leistenden Leistungsträgers	867
§ 103	Anspruch des Leistungsträgers, dessen Leistungsverpflichtung nachträglich entfallen ist	880
§ 104	Anspruch des nachrangig verpflichteten Leistungsträgers	897
§ 105	Anspruch des unzuständigen Leistungsträgers	913
§ 106	Rangfolge bei mehreren Erstattungsberechtigten	925
§ 107	Erfüllung	933

§ 108	Erstattung in Geld, Verzinsung	938
§ 109	Verwaltungskosten und Auslagen	943
§ 110	Pauschalierung	945
§ 111	Ausschlussfrist	949
§ 112	Rückerstattung	960
§ 113	Verjährung	963
§ 114	Rechtsweg	968

**Dritter Abschnitt Erstattungs- und Ersatzansprüche der Leistungsträger
gegen Dritte**

§ 115	Ansprüche gegen den Arbeitgeber	970
§ 116	Ansprüche gegen Schadenersatzpflichtige	976
§ 117	Schadenersatzansprüche mehrerer Leistungsträger	986
§ 118	Bindung der Gerichte	989
§ 119	Übergang von Beitragsansprüchen	992

**Viertes Kapitel
Übergangs- und Schlussvorschriften**

§ 120	Übergangsregelung	997
Anhang Gerichtsverfahren		1001
Stichwortverzeichnis		1087